



Anträge an den Landesparteitag der SPD Thüringen

Bad Blankenburg, 26. September 2020

Antragsübersicht

Leitantrag

A1 Respekt und Zusammenhalt 3

Satzung

S1 Antrag auf Änderung der Satzung des SPD Landesverbandes Thüringen 9

Bildung

B1 Staatliches Schulsystem stärken 10

B2 Beitragsfreiheit im Kindergarten vollenden 12

B3 Kostenloses, gesundes und warmes Mittagessen für Kindergartenkinder
und Schülerinnen und Schüler 13

Demokratie

D1 Rassismus in Thüringen und den (Sicherheits)behörden aufarbeiten und bekämpfen! 14

D2 Frühwarnsystem vor Immobilienerwerb von Rechtsextremen installieren 18

D3 Gegen straffreie Anonymität im Netz – Digitale Hasskriminalität
durch Identifizierungspflicht bekämpfen. 19

D4 Demokratiebildungstag 17. Juni 21

D5 Ein Zeichen für Vielfalt setzen 22

Gesundheit

G1 Förderung von Arztlotsen in den Landkreisen und kreisfreien Städten 23

G2 Geschenk zur Geburt – BabyBox für werdende Thüringer Mütter 25

Ehrenamt

E1 Ehrenamtliche Arbeit durch institutionelle Vereinsförderung wertschätzen 26

A 1

Antragsteller:

Landesvorstand

1 Respekt und Zusammenhalt

2 Die SPD macht unser Land sicherer, gerechter und lebenswerter.

3 Unser Land hat politisch aufgewühlte Monate hinter sich. Nach einem schwierigen Wahlergebnis, mit
4 einer herben Niederlage für uns und ohne politische Mehrheit für rot-rot-grün, begingen die
5 selbsternannten bürgerlichen Parteien einen beispiellosen Tabubruch: Der Vorsitzende einer 5%-Partei
6 ließ sich mit den Stimmen der Höcke-AfD zum Ministerpräsidenten wählen. Damit verließen CDU und
7 FDP den Konsens der demokratischen Parteien, nie wieder Faschist*innen in politisches Handeln
8 einzubinden. Wir haben uns gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen widersetzt und
9 durch unseren Druck einen schnellen Rücktritt, eine Vereinbarung zu einer zeitweisen Zusammenarbeit
10 mit der CDU und einen Termin für schnelle Neuwahlen erreicht. Damit sichern wir zum Einen die
11 Regierungsfähigkeit unseres Landes und ermöglichen mit Neuwahl zum Anderen den Thüringer*innen
12 ihre Wahlentscheidung mit dem Wissen um diese Ereignisse zu treffen.

13 Danach mussten wir gemeinsam wirken, um die Folgen des Corona-Virus so gering wie möglich zu
14 halten und mit bisher beispiellosen Maßnahmen die Gesundheit der Thüringer*innen zu schützen und
15 die Folgen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben so klein wie möglich zu halten. Beide
16 Aufgaben stellen sich weiter.

17 Dabei können sich die Bürger*innen immer auf die Werte, die Tatkraft und die Solidarität der Thüringer
18 SPD verlassen. Wir sind der Stabilitätsanker dieses Freistaats – in Zeiten, in denen manche Sicherheit
19 wegzuspülen droht. Wir sind die Partei für die Menschen, die jeden Tag füreinander da sind. Thüringen
20 ist unser zu Hause. Weil wir unser Land lieben, wollen wir es besser machen. Thüringen braucht eine
21 starke SPD.

22 Bei uns treffen sich die unterschiedlichsten Menschen, Meinungen und sozialen Hintergründe, geeint
23 vom Ziel, Ungerechtigkeit zu bekämpfen und eine tiefgehende Demokratisierung der Gesellschaft
24 durchzusetzen. Dieses politische Ziel ist auch heute der Antrieb unseres Handelns. Wir haben uns in
25 den 30 Jahren des modernen Thüringens nie vor schwierigen Aufgaben gedrückt. Wir haben als
26 Opposition kritisiert, übernehmen als Regierungspartei Verantwortung, sind seit Jahrzehnten eine
27 bestimmende Kraft in den Kommunen und stärken die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen. Wir streiten
28 hart in der Sache, aber verbindlich im Ton und stehen Seite an Seite gegen unsere politischen
29 Gegner*innen.

30 Für die Demokratie eintreten, heißt auch sie stetig weiterzuentwickeln, auf den technischen und
31 gesellschaftlichen Fortschritt zu reagieren und gemeinsam darauf zu achten, dass niemand auf der
32 Strecke bleibt. Wir tun das vor dem Hintergrund der Digitalisierung aller Lebensbereiche, der
33 Individualisierung der Gesellschaft, des demographischen Wandels und der fortschreitenden
34 Ausbeutung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

35 Wir haben überzeugende Antworten auf die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen und
36 Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die SPD will die gesellschaftliche Meinungsführerschaft und
37 die politische Mehrheitsfähigkeit wiedergewinnen. Das hat sie mit ihrem Regierungsteam, der
38 Landtagsfraktion und ihrer starken kommunalen Basis bewiesen.

39 Das Jahr 2020 hat gezeigt, dass neue Formen der Zusammenarbeit, der Kooperation und
40 Meinungsfindung nötig sind. Wir sind dafür bereit und kämpfen dabei für unsere Ideen, um Thüringen
41 sicherer, gerechter und lebenswerter zu machen.

42 Unsere Schwerpunkte sind weiterhin Arbeit, Bildung, Lebendige Demokratie und Innere Sicherheit
43 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die Basis für alle politischen Vorhaben ist
44 ein handlungsfähiger, zutrauender und solidarischer Staat.

45 Wir übernehmen Verantwortung gegenüber den Menschen in Thüringen. Wir stehen für Zusammenhalt
46 und Sicherheit. Als ausgleichende und vermittelnde Kraft, als Hüterin der Demokratie, macht die SPD
47 Thüringen sicherer, gerechter und lebenswerter.

48 **Gute Arbeit ermöglichen, neue Chancen schaffen**

49 Die SPD Thüringen ist die Partei der Arbeit. Sie kämpft für diejenigen, die täglich zur Arbeit gehen und
50 so unser gutes Leben ermöglichen. Sie brauchen unabhängig von Alter und Arbeitsort Sicherheit im
51 Wandel, gerade mit Blick auf die Transformationserfahrungen, die die Menschen im Osten während und
52 nach der Wende gemacht haben.

53 Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, eine gelebte Sozialpartnerschaft und demokratische Teilhabe
54 für alle Arbeitnehmer*innen sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik. Um das zu
55 erreichen und um die anstehenden Transformationsprozesse zu gestalten, stärken wir die
56 **Mitbestimmung im Arbeitsleben**. Modelle zur Reduzierung der Arbeitszeiten werden von uns
57 unterstützt.

58 Nur mit einer guten Arbeitsmarktpolitik können wir Thüringen als starken Wirtschaftsstandort
59 weiterentwickeln. Dafür brauchen wir gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne. Sie sind die
60 Voraussetzung für die **Sicherung des Fachkräftebedarfs** in den kommenden Jahren.

61 Wir setzen uns für eine **Neuausrichtung des Landesarbeitsmarktprogrammes** ein. Menschen, die
62 aufgrund der Pandemie ihren Job verlieren müssen wir damit Angebote für Beratung und Qualifizierung
63 bieten.

64 Die **Veränderungen in der Arbeitswelt** werden wir aktiv begleiten. Immer schnellere Veränderungen
65 der Unternehmensstrukturen, zusätzliche Aufgaben und die Digitalisierung dürfen nicht zu einer
66 Überforderung der Beschäftigten führen. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro steigen.

67 Den **Strukturwandel** in der Automobilbranche werden wir gemeinsam mit den Gewerkschaften
68 gestalten. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, um Beschäftigte in vom Strukturwandel gefährdeten
69 Unternehmen weiter zu qualifizieren oder zeitnah in neue Branchen zu bringen. Durch eine gezielte
70 Vernetzung der Automobilindustrie und Akteuren im Bereich der Mobilitätsforschung wollen wir
71 Innovationen ermöglichen, die zu neuen, zukunftsfesten Arbeitsplätzen führen.

72 Im Bereich der **Sozial- und Gesundheitsberufe** braucht es dringend mehr Fachkräfte. Um die
73 Arbeitsbedingungen attraktiv zu gestalten und die Versorgung von Patient*innen sicherzustellen,
74 werden wir ein Bündnis für gute Pflege in Thüringen auf den Weg bringen. Wir setzen uns weiterhin für
75 einen Branchentarifvertrag in der Pflege ein. Die SPD wird dafür sorgen, dass es anständige Löhne für
76 jene gibt, die unser Land jeden Tag am Laufen halten und die für andere einstehen. Gleichzeitig sorgen
77 wir dafür, dass die Eigenanteile für die Pflegebedürftigen bezahlbar bleiben.

78 Den **öffentlichen Dienst** wollen wir als **Vorbildbranche** und attraktiven Arbeitgeber in einer modernen
79 Arbeitswelt weiterentwickeln. Er soll zum Vorreiter einer modernen, an den Bedürfnissen der Menschen
80 orientierten Arbeitswelt werden. Dazu werden wir für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
81 sorgen und ein professionelles Gesundheitsmanagement etablieren. Das bedeutet auch, für
82 **ausreichend Personal** zu sorgen. Von der Polizei, übers Jugendamt bis zur Schule werden wir uns für
83 eine ausreichende Personalausstattung einsetzen.

84 **Für Familien und junge und alte Menschen**

85 Die Pandemie hat in den vergangenen Monaten wie ein Brennglas gewirkt. Im Ergebnis bestätigt es für
86 uns als Sozialdemokratie, was wir in den letzten Jahren angeschoben haben: wir brauchen einen
87 starken Sozialstaat, der insbesondere die unterstützt, die unsere Hilfe besonders brauchen.

88 Das gilt insbesondere für die Unterstützung von Familien und die Schaffung von Bildungsmöglichkeiten.
89 Die SPD Thüringen kämpft für diejenigen, die beste Startbedingungen und beste Möglichkeiten für ihre
90 persönliche Entfaltung wollen. Die SPD Thüringen will für mehr Menschen das Aufstiegsversprechen

91 einlösen und für Chancengerechtigkeit sorgen. Wir stehen dafür, dass die erreichten Standards der
92 Kinder- und Jugendförderung sowie der Familienförderung auch in Zeiten knapper werdender Kassen
93 erhalten werden.

94 Wir werden außerdem die Möglichkeiten zur **Familienerholung** weiter ausbauen. Thüringer Familien
95 sollen etwas haben, was in diesem Jahr oft zu kurz kam: Zeit miteinander. Wir werden eine
96 **Familienkarte** einführen, die Familien die Möglichkeit gibt Freizeitangebote in Thüringen kostenfrei zu
97 nutzen.

98 Jedes Kind soll schwimmen können. Dazu werden wir ein **Förderprogramm für öffentliche**
99 **Schwimmbäder** schaffen und die Ausbildung von Rettungsschwimmer*innen stärken.

100 Kommunen wissen am besten, welche Strukturen und Angebote von Familien, Jugendliche und
101 Senior*innen brauchen. Deshalb haben wir mit der **Familienförderung** auch die kommunale
102 Sozialplanung auf den Weg gebracht. Diese Instrumente werden wir weiter ausbauen, damit Familien
103 optimale Unterstützungs- und Beratungsangebote bekommen und das Quartier, der Stadtteil oder das
104 Dorf als Ort des sozialen Austausches und der gesellschaftlichen Teilhabe gestärkt werden.

105 Die Interessen von zu Pflegenden sind im Kampf gegen die Pandemie ebenso empfindlich getroffen
106 worden. Das Leben in Gemeinschaft, soziale Kontakte und Beziehungen, die ihnen am Lebensende
107 das Gefühl von Geborgenheit vermitteln, müssen ebenso gewährleistet sein, wie der Schutz vor einer
108 Infektion. Deshalb werden wir die Interessenvertretung von Menschen mit Pflegebedarf und ihrer
109 Angehörigen stärken. Wir werden den sozialpolitischen Fokus auf ein „Altern in Würde ermöglichen“
110 richten. Für uns bedeutet das, einen vielfältigen Blick für Familie und Familienfreundlichkeit
111 einzunehmen: Pflege gehört genauso zur Familie wie die Erziehung und die Freizeitgestaltung.

112 Geflüchtete Familien brauchen besonderen Schutz. Mit dem Thüringer Landesaufnahmeprogramm
113 wollen wir einen Beitrag zur Unterstützung leisten. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen mehr
114 geflüchteten Familien von den griechischen Inseln in Thüringen eine Heimat zu geben.

115 **Gute Bildung**

116 Die Perspektive von Kindern kam im Krisenmanagement oft zu kurz. Gerade bei der Kinderbetreuung
117 sind zum Teil massive Unterschiede deutlich geworden. Das zeigt uns auch, dass wir in die **Qualität**
118 unserer **Krippen, Kindergärten und der Kindertagespflege** weiter investieren müssen, z.B. durch die
119 Ausweitung der Praxisintegrierten Ausbildung, den Ausbau der Fachberatung und die bessere
120 Entlohnung von Erzieher*innen und die schrittweise Anhebung des Beschäftigungsumfangs der
121 Hortner*innen auf 100%.

122 Bildung ist die Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie schafft die Voraussetzung dafür,
123 dass sich jeder durch eigene Anstrengung oder verlässliche Unterstützung ein selbstbestimmtes Leben
124 erarbeiten kann. Dafür braucht es ein **offenes und gerechtes Bildungssystem** und **Investitionen in**
125 **Bildung**.

126 Für uns ist klar: Jede*r Lehrer*in, die in den kommenden Jahren altersbedingt aus dem Thüringer
127 Schuldienst ausscheidet, wird 1:1 ersetzt. Der Schlüssel hierzu liegt im **Übergang zu einer**
128 **schulstufenbezogenen Lehrer*innenausbildung** und einer verlässlichen Personalplanung. Auf
129 dieser Grundlage werden wir das **Studienplatzangebot in den Lehramtsstudiengängen**
130 **bedarfsgerecht ausbauen**.

131 Unser Ziel ist es, nach den Verbesserungen in den Regelschulen auch die **Eingangsbesoldung der**
132 **Grundschullehrer*innen auf A 13** anzuheben. Unerlässlich ist es außerdem, das
133 Einstellungsverfahren für Nachwuchslehrer*innen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Daher setzen
134 wir auf ein **onlinebasiertes Bewerbungsverfahren** und darauf, dass die Schulleitungen selbst künftig
135 die Bewerber*innenauswahl vornehmen können.

136 Wir wollen die baulichen Bedingungen an öffentlichen Schulen verbessern und werden eine zusätzliche
137 **Investitionsoffensive für Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen** auflegen, um die
138 Kommunen zu unterstützen.

139 Wir machen die Schulen fit für die Herausforderungen der **Digitalisierung**. Schulschließungen und
140 Beschulung zu Hause haben während der Coronakrise deutlich gemacht, dass Thüringen bei der
141 Digitalisierung des Schulwesens und der schulischen Bildung erst am Anfang steht.

142 Wir wollen, dass **digitales Lehren und Lernen** seinen Niederschlag in allen Phasen der
143 Lehrer*innenbildung, in den Lehrplänen und im Schulbuchkatalog findet. Es braucht eine **Befähigung**
144 **zur digitalen Mündigkeit**. Wir werden die Schulen zudem in allen Fragen der Digitalisierung besser
145 unterstützen, dies gilt insbesondere bei der **Wahrung des Datenschutzes**. Ebenso wichtig ist uns, dass
146 alle Lehrer*innen sowie Schüler*innen die digitalen Endgeräte zur Verfügung haben, die sie benötigen.

147 Ein zentrales Moment sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es, dass alle Kinder von Anfang an eine
148 hohe Bildungsqualität angeboten bekommen, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deshalb
149 setzen wir auf eine **Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität** in Kindergärten und Horten.

150 Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein **inklusives Schulsystem** zu realisieren. Es
151 soll das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher
152 individueller Förderung ermöglichen. Eine notwendige Bedingung hierfür ist, dass den Schulen die
153 personellen und materiellen Mittel für eine gelingende Inklusion zur Verfügung gestellt werden und dass
154 die Förderschulen als Bestandteil des Bildungswesens erhalten bleiben.

155 Die duale Ausbildung ist das **Fundament der beruflichen Bildung**. Dazu braucht es ein verlässliches
156 Netz an Berufsschulen. Wir werden zudem die Meister-Qualifizierung stärken und junge Menschen bei
157 der Übernahme in Betrieben unterstützen.

158 Wir werden den **Wissenschaftsstandort Thüringen** weiter stärken. Dazu gehören für uns eine
159 verlässliche Finanzausstattung, die Schärfung der wissenschaftlichen Profile der Hochschulen und gute
160 Studienbedingungen. Wir fördern das Zusammenwirken von Wissenschaft und regionaler Wirtschaft
161 und stärken damit lokale Wertschöpfungsketten und Innovationen.

162 Um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern, werden wir **Ausbildungskapazitäten** der
163 FSU Jena für das Fach Medizin erhöhen und eine Haus- und Facharztquote für von Unterversorgung
164 bedrohte Gebiete auf den Weg bringen. Wir streben außerdem eine Erhöhung der
165 Ausbildungskapazitäten für Pharmazie an.

166 **Zusammenhalt stärken – für die Regionen**

167 Die SPD Thüringen ist die Partei der Versöhnung von Stadt und ländlichem Raum. Sie kämpft für
168 diejenigen, die gleichwertige Lebensverhältnisse in Bezug auf die öffentliche Daseinsvorsorge erwarten.
169 Dazu werden wir die Kommunen finanziell stärken, sodass diese in der Lage sind kommunale
170 Selbstverwaltung mit Leben zu füllen. Dazu gehört, dass in allen Kommunen – unabhängig vom
171 Steueraufkommen - auch für freiwillige Leistungen noch Geld da ist. Durch freiwillige Leistungen können
172 die Kommunen die Lebensqualität zu steigern und das Ehrenamt zu stärken.

173 Steigende Mieten in den Städten, weniger Ärzte auf dem Land und schlechte Erreichbarkeit der
174 Gemeinde: So unterschiedlich die Probleme von Region zu Region sind, so dringend notwendig sind
175 die Antworten darauf. Wir wollen diese Antworten geben. Wir wollen, dass das Leben in der Stadt und
176 auf dem Land gleich **lebenswert** ist.

177 Unsere Antwort ist die Entwicklung und Garantie von **Standards für Kernbereiche** öffentlicher
178 Daseinsvorsorge. Jede Person soll den gleichen Grundstandard zu Verfügung haben, egal in welcher
179 Region man lebt.

180 Das Ungleichgewicht zwischen zu teuren Stadtmieten und leerstehenden Immobilien in der Fläche
181 muss beseitigt werden. Für den Kernbereich **Wohnen** bedeutet das, Spekulationen von Bauland zu
182 stoppen. Gleichzeitig soll sozialer und kommunaler Wohnungsbau und der Erwerb von Wohneigentum
183 gefördert werden: Das **Mietkaufmodell** soll in Thüringen Eigentum für alle ermöglichen.

184 Unterschiede zwischen Stadt und Land machen sich vor allem im Kernbereich **Verkehr** bemerkbar.
185 Unser Ziel ist eine enge Taktung des ÖPNV zwischen den Thüringer Städten und eine enge Anbindung
186 des ländlichen Raums. Hierzu brauchen wir einen flächendeckenden **Thüringer Nahverkehrsverbund**,
187 der kostengünstigen Nahverkehr mit einheitlichen Tarifen bietet. Mittelfristig soll die **ÖPNV-**
188 **Kostenfreiheit für Kinder und Jugendliche** umgesetzt werden. Für den Radverkehr, der fester

189 Bestandteil moderner Mobilität ist, sollen innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten und
190 Fahrradschnellwege gefördert werden.

191 Wir werden dafür sorgen, dass Stadt und Land gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren. Unser
192 Ziel ist der **flächendeckende Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur**, die in der Lage ist, die
193 Anforderungen an die Datennetze der Zukunft zu erfüllen. Wir wollen eng verzahnt mit den Kommunen
194 beim **Auf- und Ausbau des E-Government** vorankommen. Sämtliche Verwaltungsdienstleistungen
195 sollen online angeboten werden können.

196 Wir unterstützen die Weiterentwicklung von Museen, Bibliotheken und andere kulturelle Einrichtungen
197 zu Zentren des gesellschaftlichen Lebens im ländlichen Raum mit einem **Förderprogramm „Dritte
198 Orte“**. Diese Orte genießen Priorität bei der Breitbandanbindung und der Ausstattung mit WLAN-
199 Hotspots.

200 Für den Erhalt von wohnortnahen Angeboten müssen Förderprogramme, wie beispielsweise der
201 Krankenhausstrukturfonds, sinnvoll eingesetzt werden. Ergänzend wollen wir leistungsstarke lokale
202 Versorgungs- und Gesundheitszentren etablieren.

203 **Mehr Demokratie – mehr Offenheit – mehr Sicherheit**

204 Die SPD Thüringen kämpft diejenigen, die Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit als Grundlage des
205 Zusammenlebens erwarten. Wir stehen für die Stärkung und Verteidigung der Demokratie und die
206 Förderung der Menschen, die sich zumeist ehrenamtlich für unser Gemeinwesen einsetzen und die
207 Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen.

208 Sicherheit ist ein sensibles Thema. Die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ist eine
209 zentrale Aufgabe des Staates. Die **Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren** zu
210 verteidigen, ist dabei die Leitlinie der SPD Thüringen.

211 Zur dauerhaften **Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit** ist eine weitere, deutliche Stärkung der
212 Polizei unabdingbar. Hierzu stoppen wir den Stellenabbau und erhöhen die Anwärter*innenzahlen
213 deutlich. Jede freiwerdende Stelle wird nachbesetzt. Die Ausbildungsbedingungen werden wir stetig
214 verbessern.

215 In politisch aufgeheizten Zeiten muss die Polizei in Zusammenarbeit mit **Justiz und
216 Verfassungsschutz** Garant des Rechtsstaats sein. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass
217 politische Straftaten konsequent unterbunden oder geahndet werden. Der Verfassungsschutz soll dafür
218 als wichtiger Dienstleister der wehrhaften Demokratie personell, materiell und technisch gestärkt
219 werden, um insbesondere den **Kampf gegen Rechtsextremismus** zu intensivieren. Dabei müssen
220 rechtsextremistisch und rassistisch motivierte Handlungen und Straftaten auch als solche erkannt und
221 geahndet werden. Dafür wollen wir Schulungsangebote für die Polizei und die Justiz zur Verfügung
222 stellen.

223 Ebenso brauchen wir für einen funktionierenden Rechtsschutz starke und gut ausgestattete Gerichte in
224 allen Gerichtsbarkeiten.

225 Wir werden das **Ehrenamt als Staatsziel** in Verfassung verankern. Engagement in Vereinen, Initiativen
226 und Jugendorganisationen werden wir stärken. Wer unsere Bevölkerung in seiner Freizeit schützt soll
227 beste Bedingungen dafür vorfinden. Wir werden die Ausbildung und Ausrüstung unserer **Feuerwehren
228 und Rettungskräfte** verbessern und deren Jugendarbeit fördern.

229 Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen zukünftig noch besser **politische Prozesse** gestalten und
230 an den Entscheidungsfindungen partizipieren können. Dazu werden wir das aktive Wahlalter auch für
231 Landtagswahlen auf 16 Jahre senken. Wir stärken die politische Bildung im schulischen und
232 außerschulischen Bereich und werden dazu die EJBW zu einem Zentrum für Demokratiebildung
233 weiterentwickeln und das Landesprogramm für **Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit** fortführen.

234 In unserem Gemeinwesen haben Rassismus und Diskriminierung keinen Platz. Um allen Menschen
235 unserer Gesellschaft ein sicheres und würdiges Leben zu ermöglichen, bekämpfen wir
236 Diskriminierungen jeder Art.

237 Die SPD Thüringen begreift **Zuwanderung** einerseits als Chance, dem demografischen Wandel zu
238 begegnen, steht andererseits aber auch für klare Regeln und einen funktionierenden Rechtsstaat. Wir
239 erwarten von Zuwanderern die Bereitschaft zur Integration. Wir bieten dafür Offenheit, Hilfe und
240 Solidarität. Das Recht auf Asyl ist nicht infrage zu stellen.

241 **Für das Klima und unsere Umwelt**

242 **Klimaschutz** ist eine Generationenaufgabe. Klimaschutz ist eine Frage des Überlebens der Menschheit. Wir
243 tragen nicht nur Verantwortung für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Wir kämpfen für die
244 Bekämpfung des Klimawandels und die Einhaltung der Klimaziele von Paris.

245 Wir werden dafür Sorge tragen, dass Klimaschutz nicht zur neuen sozialen Frage erwächst. Die Kosten des
246 ökologischen Wandels müssen sozial gerecht verteilt werden, es darf keine neuen Ungerechtigkeiten geben.

247 Die **Energiewende in Thüringen** treiben wir voran: Wir werden den Ausbau der Ökostromproduktion
248 zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern fördern, ein Landesprogramm zur Unterstützung energetischer
249 Sanierungsmaßnahmen an Häusern und Wohnungen umsetzen und Landesliegenschaften energetisch
250 sanieren. Ziel ist die Deckung des Thüringer Energiebedarfs mit einem Mix aus 100 % erneuerbaren Energien
251 bis spätestens 2040.

252 Den **Wald in Thüringen** werden wir schützen. Wir sorgen dafür, dass Wälder erhalten bleiben und wieder
253 wachsen können. Dazu werden wir die Landesforstanstalt ertüchtigen, Kommunen mit Waldbesitz
254 unterstützen und Präventionsmaßnahmen gegen Schädlingsbefall und Waldbrände stärken.

255 Wir wollen eine **zukunftsfähige Landwirtschaft** in Thüringen. Das heißt für uns ressourcenschonende
256 Landbewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung, aber auch kostendeckende Preise und gute
257 Arbeitsbedingungen und faire Löhne für die Beschäftigten.

258 Wir fördern Innovationen in den Bereichen Recycling und Klimaschutz. Darüber hinaus investieren wir gezielt
259 in die Kreislaufwirtschaft und fördern Digitalisierungstrends.

260 Ein wichtiges Ziel bleibt für uns die Reduzierung der Salzbelastung der Werra.

261 Wir unterstützen den Kommunen bei der Schaffung klimafreundlicher Bedingungen vor Ort.

S 1

Antragsteller:

ASF-Landesvorstand

1 **Antrag auf Änderung der Satzung des SPD Landesverbandes**
2 **Thüringen**

3 Der Landesparteitag beschließt die Änderung der Satzung in § 7 Landesvorstand, Absatz (2) a
4 von (bisher)

5 2. Der Landesvorstand besteht aus:

6 a) dem/der Vorsitzenden

7 in (neu)

8 2. Der Landesvorstand besteht aus:

9 a) dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau

Antragsbegründung:

Die Landessatzung der SPD Thüringen wird durch diese Änderung an das Organisationsstatut der Bundespartei § 23 (1) a im 21. Jahrhundert angepasst. Dies ist ein Signal an die Mitglieder in allen Gliederungen und auf allen Ebenen sich weiter für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in den Gremien zu engagieren. Frauen, die in den Vorständen noch unterrepräsentiert sind, sollen ermutigt werden den Schritt in die erste Reihe zu gehen.

B 1

Antragsteller:

OV Erfurt-West

1 Staatliches Schulsystem stärken

2 Der aus Oberweißbach stammende Pädagoge Friedrich Wilhelm August Fröbel prägte einst den Ausspruch:
3 „Erziehung ist Beispiel und Liebe, sonst nichts.“ In der Moderne wissen wir, dass gute Erziehung und
4 schulische Bildung nach mehr verlangen. Ausreichend Personal, eine zeitgemäße Schulinfrastruktur mit
5 digitaler Ausstattung, innovative Unterrichtskonzepte, Lehrpläne auf der Höhe der Zeit – für all das braucht
6 es im modernen Schulwesen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Die SPD ist bereit, das nötige
7 Steuergeld in eine zeitgemäße und zukunftsfeste schulische Bildung und Erziehung zu investieren und
8 verbindet damit den Anspruch, allen Kindern und Jugendlichen Chancen für eine gleichberechtigte
9 Bildungspartizipation zu eröffnen.

10 Die SPD Thüringen fordert deswegen eine massive Stärkung des staatlichen Schulsystems. Gleichzeitig
11 lehnen wir eine überproportionale Subventionierung freier Schulen entschieden ab. Der schleichende
12 Rückbau staatlicher Schulen, oft zugunsten milieutrennender Bezahlschulen, muss ein Ende haben. Schulen
13 in kommunaler Trägerschaft müssen zum Optimum der lokalen und regionalen Bildungsinfrastruktur werden,
14 um allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu einer hochwertigen schulischen Ausbildung zu eröffnen.

15 Wir werden uns daher für attraktivere Arbeitsbedingungen und eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten
16 im schulischen Bildungsbereich einsetzen, um den pädagogischen Fachkräftebedarf besser decken zu
17 können. Schulen brauchen künftig zudem eine bessere Personalausstattung und qualitativ hochwertige Fort-
18 und Weiterbildungsangebote für die bei ihnen Beschäftigten, um den zunehmenden gesellschaftlichen
19 Anforderungen an Bildung, Erziehung und Betreuung gewachsen zu sein.

20 Wir wollen die kommunalen Schulträger durch entsprechende Landesprogramme zu weiteren Investitionen
21 bei der Schulsanierung sowie bei der Modernisierung der Infrastruktur und der Sachausstattung der
22 Einrichtungen stimulieren. Deshalb fordern wir, das Schulbau-Förderprogramm des Landes auskömmlich
23 auszustatten. Die Zuschüsse an sogenannte Ersatzschulen sind zu streichen.

24 Zusätzlich fordern wir ein gesondertes Schulsporthallen-Förderprogramm in Höhe von bis zu 20 Millionen
25 Euro jährlich, um die Sanierungsbedarfe bei den Schulsportstätten zu decken. Damit unterstützen wir den
26 Schul- und den Vereinssport im Freistaat und leisten auch einen Beitrag, um Bewegungsmangel und den
27 daraus resultierenden Gesundheitsproblemen schon im Kindesalter aktiv entgegenzuwirken.

28 Die kommunalen Schulträger werden bei den Landesprogrammen zu ergänzendem eigenem Mitteleinsatz
29 angeregt und sollen wenn möglich weitere Förderprogramme der EU und des Bundes zur Finanzierung der
30 Vorhaben heranziehen. Dabei soll die uneingeschränkte Entscheidungskompetenz der Schulträger im
31 Interesse der Auswahl regionaler Sanierungsschwerpunkte gewahrt bleiben.

Antragsbegründung:

Öffentliche Schulen sind eine humanistische Errungenschaft des modernen Staates. Sie garantieren eine weitestgehend kostenfreie und allgemein zugängliche, überkonfessionelle Bildung. Neben der Vorbereitung späterer Tätigkeiten und der Allgemeinbildung erfüllen sie eine wichtige Aufgabe bei der Erziehung zur Toleranz, Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Mitwirkung.

Bildung ist der Schlüssel für die Lebens- und Teilhabechancen jedes und jeder einzelnen, für individuelle Freiheit und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Auch der Zugang zu guter Arbeit und die Sicherung der Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft setzt mehr denn je erstklassige Bildung voraus. Das oberste bildungspolitische Ziel der einst aus einem Zusammenschluss von Arbeiterbildungsvereinen gegründeten SPD besteht darin, sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und gleiche Chancen auf gute Bildung für alle zu verwirklichen.

Noch immer hängen Bildungschancen in Deutschland stärker als in anderen Industrieländern von der sozialen Herkunft ab. Einkommen, Bildung und ethnische Herkunft der Eltern entscheiden über den Bildungserfolg der Kinder. Damit finden wir uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht ab. Lebenschancen dürfen nicht „sozial vererbt“ werden. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.

*Das bedeutet, sich gleichsam für die Stärkung des öffentlichen Schulsystems einzusetzen und etwaige Lücken, durch die sich private Anbieter und Besserverdiener*innen dem Solidarsystem entziehen wollen, zu schließen. Dem Solidarsystem zu entziehen bedeutet in diesem Zusammenhang die Aufteilung sozialer Milieus in unterschiedliche Schularten und –konzepte. Einige dieser privaten Konzepte schaffen bewusst oder unbewusst Zugangshürden für Schüler*innen, die im Vergleich mit ihren Mitschüler*innen über weniger ökonomisches, kulturelles, soziales oder symbolisches Kapital verfügen.*

*Die Daseinsberechtigung der Schulen in freier Trägerschaft soll damit nicht infrage gestellt werden. Es ist jedoch in Zukunft sehr genau darauf zu achten, ob dem Sonderungsgebot (Art.7 GG) Rechnung getragen wird. Dieser legt fest, dass private Schulen eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht fördern dürfen, also Modelle zum Zugang aller Schüler*innen angeboten werden müssen. Eine Einkommensstaffelung oder die quotenbasierte Zulassung von Schüler*innen niedriger Einkommensklassen reicht dabei nicht aus.*

*Viel mehr sollte es das Ziel sein, staatliche Schulen zu einem begehrten Lehr- und Lernort zu machen, der gleichsam attraktiv für Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern ist. Moderne Schulen sind viel mehr als Klassenräume in denen gepaukt wird. Stattdessen sind Schulen Begegnungsorte, die wie kein anderer Bildung, Kompetenzen und Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung bereitstellen. Insbesondere Ganztagschulen bieten neben der klassischen Schulbildung zahlreiche weitere Angebote zum Beispiel in den Bereichen Sport, Umwelt, Musik und Kunst. Dafür bedarf es speziell ausgestatteter Kabinette, Sozialräume, Außenanlagen und Sporthallen.*

Diese Schulbauvorhaben, insbesondere in den ländlichen Räumen Thüringens, müssen seitens des Landes und des Bundes unterstützt werden. Gute Lernbedingungen in modernen Schulgebäuden machen sowohl die Thüringer Städte, als auch den ländlichen Raum als Wohnort für Familien attraktiver und sichern gleichwertige Lebensverhältnisse.

B 2

Antragsteller:

KV Kyffhäuserkreis

1 **Beitragsfreiheit im Kindergarten vollenden**

- 2 Die SPD Thüringen wird aufgefordert, die beitragsfreie Betreuung für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr
- 3 voranzutreiben. Diese Beitragsfreiheit soll im Landeshaushalt für das Jahr 2022 verankert werden.

Antragsbegründung:

Seit 157 Jahren ist eine gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft das vordringlichste Ziel der deutschen Sozialdemokratie. Eine Gesellschaft, in der sich jede Frau und jeder Mann nach seinen Fähigkeiten und angeeigneten Kenntnissen verwirklichen kann. Dazu ist der kostenlose Zugang zu Bildung der wichtigste Grundstein. Diese Bildung beginnt im Kindergartenalter und sollte nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Daher muss der Kindergarten für alle beitragsfrei werden.

Kinder sind unsere Zukunft, sie zu schützen, zu unterstützen, ihnen beim Aufwachsen zu helfen, sie zu toleranten, offenen und interessierten Menschen erziehen und sie so zu bilden, dass sie Freude am Lernen entwickeln, ihnen Vorbilder zu geben, sollten unsere obersten Ziele sein. Dabei unterstützen Kindergärten die Arbeit der Familien.

Jedes Kind vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Beginn der Grundschule hat in Thüringen einen Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung in einer Kindertageseinrichtung.

In Thüringen wurde in den letzten Jahren das letzte und vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestaltet. Das war ein guter Schritt in die zukunftsweisende Richtung. Dadurch konnten Familien mit ca. 1.440 € pro Kind entlastet werden. Nun sollte die gesamte Kindergartenbetreuung beitragsfrei sein, wie in vielen anderen Bundesländern (z.B. Berlin, Hessen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz) auch. Dadurch könnten thüringenweit 72.000 Kinder und deren Familien profitieren.

Kosten:

29 Mill. €/ jährlich pro Kita Jahr/ für 4 Kita- Jahre = 116 Mill. €/ jährlich (teilweise mit finanzierbar aus den Bundesmitteln = 138 Mill. € aus dem Gute- Kita- Gesetz)

B 3

Antragsteller:

KV Kyffhäuserkreis

1 Kostenloses, gesundes und warmes Mittagessen 2 für Kindergartenkinder und Schülerinnen und Schüler

3 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sicherzustellen, dass ab dem Schuljahr 2022 alle
4 Kindergartenkinder und Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern ein
5 gesundes, warmes Mittagessen pro Tag in den Kindergärten, Grundschulen und allen weiterführenden
6 Schulen erhalten. Dies soll kostenfrei für die Eltern und Schülerinnen und Schülern gestaltet werden.

Antragsbegründung:

In Thüringen leben nach einer aktuellen Bertelsmann-Studie fast 13 Prozent aller Kinder und Jugendliche im Alter unter 18 Jahren in Familien, die Hartz IV beziehen. Die Corona-Pandemie verstärkt zusätzlich diesen Zustand.

Ein kostenloses, gesundes und warmes Mittagessen pro Tag für jedes Kind und jeden Jugendlichen in den Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen kann dafür Sorge tragen, dass jedes Kind und jeder Jugendlicher einmal am Tag eine warme und gesunde Mahlzeit zu sich nehmen können.

Zusammen mit der Beitragsfreiheit im Bereich der Kindergärten unterstützt dieser Ansatz das Ziel, eine gerechte und für alle offen zugängliche Bildungspolitik weiter voranzutreiben, für die die SPD seit nunmehr fast 160 Jahren steht.

D 1

Antragsteller:

Jusos Thüringen

1 **Rassismus in Thüringen und den (Sicherheits)behörden aufarbeiten** 2 **und bekämpfen!**

3 Die SPD Thüringen will individuellen, institutionalisierten und strukturellen Rassismus in Thüringen und
4 den (Sicherheits)behörden aufarbeiten und bekämpfen.

5 Sozialdemokratie ist antirassistisch und antifaschistisch

6 Zweifelsohne können wir feststellen, dass die Bundesrepublik ein Rassismusproblem hat. Das
7 Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) beispielsweise sieht Handlungsbedarf. Auch der jüngst
8 vorgelegte Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) über
9 Deutschland mahnt uns deutlich, entschiedener gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorgehen
10 zu müssen. Der Thüringen-Monitor zeigt ebenfalls seit Jahren einen hohen Anteil an Menschen in
11 unserer Gesellschaft, die rassistische und antisemitische Aussagen unterstützen und ein
12 entsprechendes Weltbild haben. Im Vergleich zu den Vorjahren erleben wir auch einen Anstieg von
13 Zustimmungen zu antisemitischen Aussagen. Während im Thüringen-Monitor 2018 bereits 9 Prozent
14 der Befragten einer antisemitischen Aussage zugestimmt hatten, sind es im Thüringen-Monitor 2019
15 sogar 16 Prozent. In den letzten 5 Jahren ist dies der Höchstwert. Auf dem Höchststand befinden sich
16 auch die Zustimmungswerte zur Überlegenheit der Deutschen (34% und damit mehr als ein Drittel der
17 Befragten) und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus (26% und damit mehr als ein Viertel der
18 Befragten).

19 Solche hohen Zahlen machen deutlich, dass jeder Lebensbereich von uns beleuchtet werden sollte. In
20 diesem Antrag wollen wir uns staatlichen Behörden und Institutionen widmen. Wir begrüßen die
21 aufgrund des Mordes von George Floyd ausgelöste Debatte um den Rassismus in Sicherheitsbehörden.
22 Wir wissen aber auch, dass es notwendig ist, die Situation der Behörden allgemein zu analysieren. Dort,
23 wo Staatsgewalt ausgeübt wird, darf es keinen Rassismus und keinen Antisemitismus geben. Wir als
24 Sozialdemokratie sind das Bollwerk gegen Rechts. Wir kämpfen stets für eine gerechte Welt, frei von
25 Diskriminierung und Ausgrenzung.

26 Wir sind davon überzeugt, dass eine Aufnahme der Antifaschismusklausel in die Thüringer
27 Landesverfassung, wie von den regierenden Landtagsfraktionen vorgeschlagen, ein Weg ist, um ein
28 wichtiges Signal zu setzen. Damit es jedoch nicht als guter Vorsatz verhallt, wollen wir dieses Staatsziel
29 auch mit Maßnahmen untermauern.

30 **Solidarität mit den Opfern!**

31 Wir solidarisieren uns mit den Opfern der rassistischen Überfälle in Erfurt. Es darf nicht passieren, dass
32 Opfer als Täter*innen behandelt werden, medial als solche inszeniert werden und derartige, die
33 Grundfesten unserer Demokratie verletzende Überfälle nicht zeitnah und vollständig aufgeklärt werden.

34 Ebenso solidarisieren wir uns mit den Opfern des Anschlages auf der Ballstädter Kirmes von Neonazis
35 aus dem „Gelben Haus“. Damit solche Fehler wie im Prozess um das Gelbe Haus in Ballstädt verhindert
36 werden können, muss auch dieser Fall restlos aufgearbeitet und die Justiz dafür gestärkt werden.

37 Nicht zuletzt sprechen wir Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen von rassistischen Angriffen unsere
38 vollste Solidarität aus. Viel zulange wurde die Tragweite des Thüringer Rassismusproblems nicht ge-
39 oder aktiv übersehen und zahlreiche rassistisch motivierte Straftaten nicht als solche anerkannt. Opfer
40 und Angehörige wurden im Zuge der Ermittlungen zu Unrecht kriminalisiert und fortwährend
41 diskriminiert, Schutzbedürftige zu Täter*innen erklärt. Auch unsere Partei und von ihr geführte Organe
42 haben hier immer wieder Fehler begangen. Das tut uns sehr leid. Wir wollen uns dessen annehmen und

43 stetig an uns arbeiten, um hier zukünftig wirklich mit allen Menschen gerecht und gleichberechtigt
44 umzugehen.

45 **Betroffene stärken**

46 Um Betroffene stärken zu können, wollen wir auch Opferberatungsstellen fördern. Gleichzeitig wollen
47 wir mit selbstverwalteten migrantischen Gruppen kooperieren, um ganz konkret deren Wünsche und
48 Bedürfnisse in unserer Politik zu verarbeiten und damit nicht als überwiegend weiße Partei
49 vorzuschreiben, in welcher Weise Betroffenen geholfen werden soll.

50 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat sich laut §1 zum Ziel gemacht,
51 "Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der
52 Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern
53 oder zu beseitigen." Daneben, dass der Begriff "Rasse" unbedingt aus dem Gesetz zu streichen und zu
54 ersetzen ist, soll die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes die bestehenden
55 Schutzlücken im AGG schließen. So müssen Diskriminierungsdimensionen angepasst und erweitert
56 werden. Bei der Neudefinition des "Merkmalkatalogs" sind die im Berliner
57 Landesantidiskriminierungsgesetz definierten Kriterien, z.B. Diskriminierung aufgrund rassistischer
58 Zuschreibungen (statt "Rasse") oder aufgrund des sozialen Status, unbedingt in die Novellierung mit
59 einzubeziehen. Da sich das AGG vor allem auf das Zivilrecht beschränkt, kann durch ein
60 Landesantidiskriminierungsgesetz auch der Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Akteur*innen
61 im Freistaat geboten werden.

62 Wir wollen Intersektionalität bei unserer politischen Arbeit immer betrachten, das bedeutet, die
63 miteinander verknüpften Diskriminierungsformen zu erkennen und mehrfach von Diskriminierung
64 Betroffene besonders zu stärken. Dabei wollen wir insbesondere auf die Situation von Schwarzen
65 Frauen und Women of Colour aufmerksam machen und ihnen als Partnerin zur Seite stehen.

66 Dass unsere Partei so weiß ist, muss einen Grund haben. Wir müssen uns vor Augen halten, warum
67 eine Mitgliedschaft und Mitarbeit in der SPD für migrantische Menschen nicht attraktiv ist und wie wir
68 das ändern können. Wir wollen auch für migrantische Menschen und BIPOC (Black, Indigenous &
69 People of Colour) eine echte Repräsentantin werden.

70 **Statistiken überarbeiten und dabei mit gutem Beispiel vorgehen**

71 Die bisherige Erfassung von rassistischen Taten erfolgt in dem bundeseinheitlichen System der politisch
72 motivierten Kriminalität (PMK) zumeist unter der Kategorie Fremdenfeindlichkeit. Dabei wird aber die
73 Sichtweise der Täter*innen übernommen, wenn bspw. Angriffe auf Personen mit Migrationshintergrund
74 als fremdenfeindlich eingeordnet werden.

75 Hier bedarf es einer Überarbeitung, die eine Einordnung als rassistische Tat ermöglicht. Für diese
76 Erweiterung soll sich Thüringen in der Innenministerkonferenz einsetzen. Weiterhin kann der Freistaat
77 mit gutem Beispiel vorgehen, indem er eine Kategorie zu rassistisch motivierten Straf- und
78 Gewalttaten mit Unterstützung von Betroffenen und ggf. auch Einbezug wissenschaftlicher Expert*innen
79 erarbeitet und zunächst zusätzlich in das PMK-System aufnimmt. So kann die Erfassung erprobt und
80 evaluiert werden.

81 Weiterhin bedarf es einer besseren Verknüpfung der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität mit
82 der Verurteilungsstatistik, um politische Motivationen von Aufnahme bis Verurteilung einer Straftat
83 deutlich zu machen. Auch eine Verlaufsstatistik, wie von der Enquete-Kommission vorgeschlagen, ist
84 hilfreich, um den Umgang mit Rassismus in der Justiz nachvollziehbar zu gestalten.

85 **Antirassismus in Verwaltungen**

86 Wir sind uns sicher, dass die Erkennung von rassistischem oder antisemitischem Verhalten auch
87 entsprechende Strukturen in den Verwaltungen braucht. Deswegen fordern wir, dass die finalen Schritte
88 zur Schaffung einer zentralen und unabhängigen Antidiskriminierungsstelle des Landes zügig
89 eingeleitet werden.

90 Wir sehen in anonymen Bewerbungsverfahren in allen Behörden des Landes und den Kommunen eine
91 Chance, dass der öffentliche Dienst diverser wird. Wir sind davon überzeugt, dass der Öffentliche Dienst
92 seiner Vorbildwirkung gerecht werden muss. Außerdem wollen wir Anti-Rassismusbeauftragte neben

93 den Gleichstellungsbeauftragten verpflichtend eingesetzt werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften
94 werden wir weitere Maßnahmen diskutieren.

95 Darüber hinaus müssen verpflichtende Bildungsveranstaltungen zu Antidiskriminierung und Rassismus
96 für alle Beschäftigten in Kommunen und der Landesverwaltung festgeschrieben werden. Schulungen
97 zu Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus sollen auch für die Beschäftigten der
98 Frauen*häuser zur Verfügung stehen, um hier langfristig die Mitarbeitenden zu sensibilisieren und zu
99 schulen.

100 **Koloniales Erbe aufarbeiten**

101 Wir unterstützen die Initiativen, die sich für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Thüringen stark
102 machen. Deshalb fordern wir eine Historische Kommission zum kolonialen Erbe in Thüringen. Die
103 Kommission soll Vorschläge ausarbeiten, wie und mit welchen Mitteln koloniale Strukturen nachhaltig
104 beseitigt und aufgearbeitet werden können.

105 Darüber hinaus unterstützen wir regionale Bestrebungen, das koloniale Erbe von Kommunen
106 aufzuarbeiten und kritisch zu hinterfragen. Hierzu zählen u.a. die Initiativen, Straßennamen, Feste und
107 Plätze umzubenennen, dekoloniale Stadtrundgänge und die Auseinandersetzung mit kolonialem Erbe
108 im Kontext von administrativen Strukturen.

109 Ein weiteres Ziel muss es sein, den Themenkomplex Kolonialismus und seine heutigen globalen und
110 gesellschaftlichen Auswirkungen fest im Lehrplan zu verankern, sodass jede Schülerin und jeder
111 Schüler in diesem Bereich nachhaltig geschult werde. Um diese Forderung zu manifestieren, muss
112 dieses Thema nicht nur in Schulen, sondern auch fortlaufend in Berufsschulen, Universitäten und
113 weiterführenden Bildungseinrichtungen gelehrt werden. Außerschulische Lernangebote werden in
114 diesem Zusammenhang außerordentlich empfohlen, um koloniale Strukturen damals und heute zu
115 verbildlichen und die enorme Relevanz in unserem alltäglichen Leben zu verdeutlichen. Für allgemeine
116 gesellschaftliche Sensibilität im Thema Kolonialismus und Postkolonialismus ist es schon lange an der
117 Zeit.

118 **Wir brauchen eine Studie über Rassismus in der Polizei**

119 Wir begrüßen ausdrücklich den Einsatz des SPD-Innenministers Georg Maier für eine bundesweite
120 Studie zur Erforschung von Rassismus in der Polizei. Die Absage einer solchen Studie durch den
121 Bundesinnenminister ist nicht zu akzeptieren. Es ist daher ein gutes Signal, dass Thüringen notfalls eine
122 solche Studie auch allein, innerhalb der Thüringer Polizei, durchführen wird. Bei der Erarbeitung und
123 Auswertung der Studie ist es wichtig, verschiedene Akteur*innengruppen einzubeziehen und damit
124 sowohl Betroffene als auch Polizist*innen an der Gestaltung der Studie mitwirken zu lassen.

125 **Polizeibeamt*innen unterstützen: Aus- und Fortbildung verbessern**

126 Angesichts der umfassenden Aufgaben und der Verantwortung von Polizist*innen sollen die
127 Ausbildungsinhalte insbesondere hinsichtlich antirassistischer Ermittlungs- und Aufklärungsverfahren
128 vertieft und als obligatorischer Bestandteil in das Curriculum aufgenommen werden. Hier gibt es bereits
129 gute Entwicklungen, diese sollen ausgebaut werden. Da die Ausbildungsdauer im mittleren
130 Polizeivollzugsdienst aktuell bereits unter dem Durchschnitt der Ausbildungszeit anderer Bundesländer
131 liegt, sehen wir keinen Grund, der gegen eine Umsetzung spricht. Weiterhin schließen wir uns der
132 Forderung der Enquete-Kommission Rassismus an, "das Aus- und Fortbildungsprogramm der
133 Thüringer Polizei hinsichtlich rassismus- und diskriminierungssensibler Inhalte durch eine unabhängige
134 Studie zu evaluieren", um die Erweiterung des Curriculums um diese Inhalte bestmöglich zu
135 gewährleisten.

136 Da Aus- und Fortbildungsinhalte kontinuierlich entwickelt und angepasst werden, fordern wir, in diesen
137 Prozess auch externe Personen und Verbände einzubeziehen, die die Perspektive von Betroffenen
138 vertreten.

139 **Polizeistrukturen weiterentwickeln**

140 Es ist wichtig, dass es auch innerhalb der polizeilichen Strukturen möglich ist, über Fehler im Einsatz
141 und Unsicherheiten im Vorgehen zu sprechen. Supervision und Beratungsangebote ermöglichen es,
142 Vorgehensweisen zu reflektieren und innerhalb der Dienstgruppe zu verbessern. Wir fordern, den

143 Thüringer Polizeidienststellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die Selbstreflexion und Selbstkritik in
144 einem geschützten Raum ermöglichen und damit eine positive Fehlerkultur unterstützen.

145 **(Weiter-)Lernen – für die persönliche Entwicklung und die berufliche Qualifikation**

146 Artikel 3 des Grundgesetzes besagt: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Folglich muss auch
147 jedem Menschen ein diskriminierungsfreier Zugang zum Recht gewährt werden. Für einen sensiblen
148 und bedarfsgerechten Umgang des entsprechenden Fachpersonals der Justiz mit von Rassismus und
149 Diskriminierung betroffenen Personen sind daher fundierte Grundlagen zu rassistischen und
150 diskriminierenden Sachverhalten und Tatmotiven unerlässlich. Wir schließen uns deshalb der
151 Empfehlung der Enquete-Kommission an, dass das für Justiz zuständige Ministerium das
152 Fortbildungsprogramm für Richter*innen und Staatsanwält*innen hinsichtlich des Umgangs mit
153 rassistisch motivierten Straftaten weiter ausbaut. Neben dem bereits bestehenden Fortbildungsangebot
154 des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, sollen auch die
155 Fortbildungsmodule, die aus dem Modellprojekt "Rassismus und Menschenrechte - Stärkung der
156 Strafjustiz" des Bundesministeriums der Justiz und des Deutschen Instituts für Menschenrechte in das
157 Weiterbildungsprogramm aufgenommen werden. Für eine umfassende Sensibilisierung für
158 Diskriminierungssachverhalte und Rassismus, sollten entsprechende Fortbildungsmodule auch für
159 andere Gerichtsbarkeiten entwickelt werden.

Antragsbegründung:

ohne

D 2

Antragsteller:

KV Kyffhäuserkreis

1 **Frühwarnsystem vor Immobilienerwerb von Rechtsextremen** 2 **installieren**

- 3 Die SPD Thüringen wird aufgefordert, die Installation eines Frühwarnsystems, das Kommunen vor
4 dem Kauf von Immobilien durch als rechtsextrem eingestufte Personen oder Personengruppen auf
5 ihrem Gemeindegebiet informiert und warnt, voranzutreiben.

Antragsbegründung:

Durch mehrere Zeitungsartikel (ZEITonline am 02.07.2020, SPON am 02.07.2020, FAZ.NET am 29.07.2020, mdrSACHSEN.de am 29.07.2020, etc.) wurde über den Immobilienkauf von Rechtsextremen, vor allem in den neuen Bundesländern und da vor allem im ländlichen Raum, berichtet. Die Strategie dahinter, wird schon seit längerem verfolgt und beobachtet.

Das Zitat aus dem ZEITonline-Artikel vom 02.07.2020 gibt beispielhaft das Ziel dahinter an: „Mit dem Erwerb einer Immobilie ergebe sich "die Gefahr einer Verankerung von Rechtsextremisten in bestimmten Regionen", teilte das Bundesamt für Verfassungsschutz den Funke-Zeitungen auf Nachfrage mit.“

*Um den Gemeinden und Städten sowie der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu geben, vor einem möglichen Verkauf Schritte einzuleiten, müssen diese über eine bestehende Einstufung der Käufer*innen als Rechtsextreme in Kenntnis gesetzt werden. Dieses Verfahren der Frühwarnung soll installiert werden.*

D 3

Antragsteller:

OV Erfurt-West

1 **Gegen straffreie Anonymität im Netz – Digitale Hasskriminalität** 2 **durch Identifizierungspflicht bekämpfen.**

3 Das Internet wird zunehmend zur Verbreitung von Hass und Hetze benutzt. Diese Hasskriminalität
4 gefährdet das friedliche Zusammenleben einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft.
5 Aufgrund der Anonymität im Internet ergeben sich große Schwierigkeiten, die Täter*innen von Straftaten
6 zu ermitteln.

7 Unter der Verwendung von Pseudonymen kann jede Person uneingeschränkt Kommentare abgeben,
8 ohne befürchten zu müssen, dass sie ohne erheblichen Ermittlungsaufwand identifiziert werden kann.
9 Aus diesem Grund nehmen Beleidigungen zu, da die Täterinnen und Täter sich sicher fühlen. So wird
10 das Internet vermehrt als rechtsfreier Raum wahrgenommen. Ein Zustand, den ein Rechtsstaat nicht
11 akzeptieren darf.

12 Durch eine Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes und der Einführung einer Verpflichtung der
13 Anbieter*innen von sozialer Netzwerken sowie Streaming- und Spieleplattformen, von den Nutzern bei
14 der Registrierung Namen und Anschrift sowie deren Geburtsdatum zu erheben, wird die
15 Identifizierbarkeit von Täter*innen erleichtert und so eine Strafverfolgung vereinfacht.

16 Durch die Erweiterung des Anwendungsbereichs des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, von welchem
17 bisher nur Anbieter*innen sozialer Netzwerke erfasst sind, auf Streaming- und Spieleplattformen, wird
18 eine umfassendere Möglichkeit zur Bekämpfung der Hasskriminalität geschaffen, da so an
19 verschiedenen Orten im Internet gegen die Täterinnen und Täter vorgegangen werden kann.

20 Einhergehend mit der Verpflichtung zur Speicherung persönlicher Daten, müssen
21 Datensicherheitsstandards definiert werden, die von den Anbietern ebenfalls verpflichtend umzusetzen
22 sind.

Antragsbegründung:

Der rechtsterroristische Anschlag von Halle hat gezeigt, dass eine Radikalisierung im Internet, ohne analoge Einbindung in extremistische Strukturen oder den direkten Kontakt zur Waffenbeschaffung, zu schrecklichen Taten führen kann. Die These, dass es sich um sogenannte „einsame Wölfe“ handelt, die sich völlig unabhängig in eine Ideologie hineinsteigern, welche in Hasskriminalität mündet, ist nicht haltbar.

Stattdessen findet das „community building“ und gegenseitige Motivation zur Gewalt immer stärker im Internet statt. Große Online-Portale, in denen man anonym und völlig ungehindert schlimmste Beleidigungen und Gewaltfantasien austauscht oder Waffenbauanleitungen austauscht, sind die Drehscheibe der Hasskriminalität.

Hasskriminalität birgt eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft. Objektiv strafbare Inhalte wie etwa Volksverhetzung, Beleidigung, Verleumdung oder Störung des öffentlichen Friedens durch Vortäuschen von Straftaten können im Internet allerdings nur schwer verfolgt werden.

Derzeit kann jede Person, die das Internet nutzt, beliebige Pseudonyme wählen und uneingeschränkt Kommentare abgeben, ohne befürchten zu müssen, dass sie ohne großen Aufwand identifiziert werden kann. Diese Atmosphäre der Anonymität führt dazu, dass sich die Internetnutzenden sicher fühlen und Äußerungen tätigen, die sie ohne diese besonderen Rahmenbedingungen vermutlich nicht abgeben würden. Dies hat zur Konsequenz, dass Beleidigungen zunehmen und das Internet als rechtsfreier

Raum wahrgenommen wird. Daher müssen die Verantwortlichen aus der Anonymität des Netzes herausgeholt werden. Die Sicherheitsbehörden müssen befähigt werden, Straftaten online genauso verfolgen zu können, wie analog.

Dabei gilt:

Die Identifizierungspflicht ist keine Klarnamenpflicht und keine Vorratsdatenspeicherung!

Der Abruf der Daten zur Identifizierung kann nur durch gerichtliche Anordnung erfolgen!

Die zu speichernden Daten müssen nach einem vorab festgelegten Datenschutzstandard auf inländischen Servern gespeichert werden!

Diese Maßnahmen stärken nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sie senden auch ein klares Signal an Internetkonzerne, die gerne in Deutschland Geld verdienen, sich in der Regel aber aus der Verantwortung stehlen, wenn es um Steuern, Datenschutz oder gesellschaftliche Verantwortung geht.

*Als Sozialdemokrat*innen stehen wir für eine demokratische Legitimation unserer Institutionen und gegen Machtverhältnisse die aus der Marktmacht von Konzernen resultieren.*

D 4

Antragsteller:

OV Erfurt-West

1 **Demokratiebildungstag 17. Juni**

2 Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, einen landesweiten Demokratiebildungstag einzuführen. Dieser
3 soll am 17. Juni eines jeden Jahres bzw. am nächsten darauffolgenden Werktag stattfinden.

4 Der Demokratiebildungstag soll dazu genutzt werden Kindern und Jugendlichen in verschiedenen
5 Projekten, innerhalb und außerhalb der Schule, gesellschaftspolitische Verantwortung beizubringen und
6 demokratische Prinzipien zu vermitteln.

7 Ziel ist es, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren dazu beizutragen, dass sich Kinder und
8 Jugendliche ihrer Einbindung in die soziale und natürliche Umwelt bewusst werden und erkennen, dass
9 sie nur durch eine nachhaltige Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, die sie selbst
10 mitgestalten, in sozialer Gerechtigkeit und in Frieden leben können.

11 Ein zentraler Partner muss dabei Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
12 (EJBW) sein. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, sie zu einem Zentrum für Demokratiebildung
13 auszubauen.

14 Der 17. Juni als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechtsstaates ist bewusst gewählt, um das
15 Gedenken an den Aufstand des 17. Juni 1953 aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig steht der 17. Juni in der
16 Tradition von demokratischen und progressiven Bewegungen der gesamtdeutschen Historie, eignet
17 sich also besonders für einen Tag, der Demokratische Prinzipien besonders fördert.

Antragsbegründung:

Die SPD Thüringen steht in der Tradition der ostdeutschen Bürgerrechts- und Demokratiebewegung. Ihre Forderung nach lang angelegten Projekten der Politischen Bildung, mit denen unter anderem die Vergangenheit der DDR vielfältig und beispielhaft für die gesamte Bundesrepublik aufgearbeitet wird, findet sich in einer Reihe von Initiativen der rot-rot-grünen Regierung wieder. In diese Reihe von Projekten zur Aufarbeitung und Bildung gehören die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des SED-Unrechtes. Die gesetzliche Verankerung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechtes im Jahr 2016 war dafür ein wichtiges Zeichen.

*In Zeiten, in denen unverrückbar geglaubte, demokratische Prinzipien in Frage gestellt und das Engagement für eine offene und pluralistische Gesellschaft angegriffen wird, ist es umso wichtiger aktiv und zukunftsgerichtet für die Demokratie einzutreten. Wenn beispielweise durch die AfD im Parlament offen gegen Grundrechte argumentiert wird und sich ein Ministerpräsident mit den Stimmen der Antidemokrat*innen wählen lässt und damit zeigt, wie offen die gesellschaftliche Mitte nach rechts ist, bedarf es dringend ein Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft.*

*Demokratie braucht starke Demokrat*innen, eine Demokratie braucht das fortwährende Engagement um die freiheitliche Gesellschaft weiterzuentwickeln und ihre Feinde abzuwehren, eine Demokratie fordert Mitverantwortung ein, um Freiheit bieten zu können. Wir Sozialdemokrat*innen sind seit 1863 Stützen der Demokratie und Expert*innen der Demokratiebildung. Diesem Anspruch wollen wir auch heute gerecht werden.*

D 5

Antragsteller:

Jusos Thüringen

1 **Ein Zeichen für Vielfalt setzen**

- 2 Die SPD Thüringen und die SPD Landtagsfraktion setzen sich dafür ein, die Beflaggungsordnung zu
3 erweitern. Diese soll dahingehend ergänzt werden, dass die Beflaggung mit der Regenbogefahne vor
4 öffentlichen Gebäuden auch den 17. Mai eines jeden Jahres einschließt. Den Kommunen wird es damit
5 ermöglicht, den internationalen Tag gegen Homophobie zu würdigen und sich gegen jegliche sexuelle
6 Diskriminierung im Rahmen des Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie
7 (IDAHOBIT) zu positionieren.
- 8 Die SPD Thüringen steht für eine offene und tolerante Gesellschaft ohne Ausgrenzung ein und setzt mit
9 diesem Vorhaben ein solidarisches Zeichen für die queere Gemeinschaft.

Antragsbegründung:

ohne

G 1

Antragsteller:

KV Kyffhäuserkreis

- 1 **Förderung von Arztlotsen in den Landkreisen und kreisfreien**
- 2 **Städten**
- 3 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Förderung von Arztlotsen voranzutreiben.
- 4 Diese Förderung soll bereits im Landeshaushalt für das Jahr 2022 verankert werden.

Antragsbegründung:

Die Landkreise und kreisfreien Städte tragen Verantwortung für die übergemeindliche kommunale Daseinsvorsorge und in diesem Rahmen auch in vielen Bereichen der medizinischen Versorgung. Die ambulante medizinische Versorgung gerade im ländlichen Raum hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Sowohl im Bereiche der Hausärzte aber auch im Bereich der Fachärzte ist ein spürbarer Rückgang der flächendeckenden Versorgung zu erkennen.

Der Sicherstellungsauftrag für die ambulante medizinische Versorgung liegt derzeit ausschließlich bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Dies umfasst sowohl die Versorgungsplanung als auch die tatsächliche Sicherstellung der Versorgung mit Haus- und Fachärzten. Dieser Auftrag wird aus Sicht der Kyffhäuser-Region ohne eine Beteiligung auf Augenhöhe der Landkreise und kreisfreien Städte und eine sektorenübergreifende Planung nicht mehr ausführbar sein.

Der Umstand, dass die Kassenärztliche Vereinigung bzw. niederlassungsbereite Ärzte zunehmend auf die Unterstützung der kommunalen Ebene angewiesen sind bzw. diese erwarten, rückt dieses Themenfeld noch stärker in den Fokus.

Viele Ärzte werden in bereits absehbarer Zeit in Ruhestand gehen und damit der „Wiederbesetzungsbedarf“ stetig steigen. Auch hat der Arztberuf in den letzten Jahren ein verändertes Berufsbild und damit einhergehend auch eine andere Zusammensetzung der Ärzteschaft zu verzeichnen.

Hierzu müssen entsprechende politische vor allem aber praktische Maßnahmen ergriffen werden, um die flächendeckende ärztliche Versorgung zu gewährleisten. Hierbei können u.a. Versorgungszentren, Erhöhung der Digitalisierung, Verbünde mit stationärer Versorgung oder Arztlotsen etc. Lösungsansätze bieten.

Viele Kommunen und einzelne Landkreise haben die Problematik erkannt und beginnen mit Steuerungsmaßnahmen. Die Ebene des Landkreises eignet sich sehr gut, um vernetzt Bedarfe zu koordinieren und ein abgestimmtes Vorgehen zu etablieren. Gleichzeitig können die Kommunen bei den Planungen unterstützt werden.

Ein Ansatz ist die Bereitstellung von Arztlotsen. Hier sollte das Land Thüringen Anreize schaffen, solche Planstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten einzurichten.

Mit Zuschüssen von 50.000 €/ Jahr könnten Anreize geschaffen werden, die Nachbesetzung von Arztpraxen bzw. die Neuansiedlungen von Praxen, gerade im ländlichen Raum, durch Arztlotsen zu ermöglichen.

Aufgaben dieser Arztlotsen könnten sein:

- Praxisnachfolge mitorganisieren
- Kontakt mit Krankenhäusern und angehenden Medizinern
- Fördermittelberatung
- Unterstützung bei Suche nach Praxis- und Wohnimmobilien

- *Vernetzung in neuer Umgebung*
- *Netzwerkpflege zur Landesärztekammer und KV*
- *Unterstützung bei Erstellung Businessplan*
- *Vermittlung von Ärzten in angestellte Beschäftigungsverhältnisse*
- *Werbung für die Region*
- *Unterstützung bei Suche für Angebote an die Familie (Kita, Schule, Verein, Kirche etc.) und ggf. Arbeit für den Ehepartner*

Kosten:

50.000 € x 23 Kreise/kreisfreie Städte = 1.150.000 €/ Jahr.

G 2

Antragsteller:

KV Kyffhäuserkreis

- 1 **Geschenk zur Geburt – BabyBox für werdende Thüringer Mütter**
- 2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Einführung einer BabyBox – analog dem Finnischen
- 3 Modell – für alle werdenden Mütter in Thüringen zu prüfen.

Antragsbegründung:

Seit 1938 erhalten werdende Mütter in Finnland vom Staat eine BabyBox mit einer Grundausstattung für ihren Nachwuchs. Die BabyBox selbst kann man als hochwertiges Babyreisebett benutzen. Damit verbunden ist ein Gespräch in einer Beratungsstelle, wo auch Hilfeleistungen und Unterstützungen angeboten werden.

Die Geburtenzahlen sind in Thüringen seit 2016 wieder fallend. Während 2016 noch 18.475 Mädchen und Jungen zur Welt kamen, waren es 2019 nur noch 16.647. Die Ausreichung einer solchen BabyBox würde durch die Landkreise und kreisfreien Städte in einem Beratungsgespräch, entweder als Willkommensbesuch im Haushalt der Familien oder in den Elterngeld- oder Erziehungsberatungsstellen erfolgen.

Kosten:

Wenn man einen Grundbetrag von 150 Euro pro BabyBox annimmt und die Landkreise und kreisfreien Städte, die diese Boxen in einem Beratungsgespräch ausreichen, sich zu einem Drittel (50 Euro) beteiligen würden, so käme bei ca. 17.000 Geburten ein Betrag von 1,7 Mio. Euro auf den Freistaat zu.

E 1

Antragsteller:

KV Kyffhäuserkreis

1 **Ehrenamtliche Arbeit durch institutionelle Vereinsförderung** 2 **wertschätzen**

- 3 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Einführung einer institutionellen Vereinsförderung, die
4 sich nach Mitgliederzahlen richtet, voranzutreiben. Dabei ist besonders die Nachwuchsarbeit zu
5 fördern.

Antragsbegründung:

In Thüringen sind über 800.000 Mädchen und Jungen, Frauen und Männer ehrenamtlich aktiv. Die Gesellschaft vertraut und verlässt sich auf dieses bürgerschaftliche Engagement. Nicht zu Letzt profitiert vor allem der Freistaat Thüringen von den vielen Mitgliedern in den Vereinen und Verbänden.

Die SPD-Landtagsfraktion brachte in der letzten Legislaturperiode bereits den Vorschlag an, den Schutz und die Förderung des Ehrenamtes in die Thüringer Verfassung aufzunehmen und somit das Ehrenamt als Verfassungsauftrag festzuschreiben.

Eine Möglichkeit der Förderung stellt die institutionelle Vereinsförderung dar. Mit dieser können die ehrenamtlichen Strukturen vor Ort unterstützt und erhalten werden. Zudem stellt sie eine Wertschätzung der Arbeit durch die vielen ehrenamtlich Tätigen dar.

Kosten:

Wenn man eine jährliche Förderung pro Mitglied von 10 Euro unter 18 Jahre und 5 Euro über 18 Jahre annimmt, so entstehen dem Freistaat Thüringen Kosten in Höhe von ca. 5 Mio. Euro. Die Ausreichung könnte über die Landkreise und die kreisfreien Städte (die die Summe zudem eigenverantwortlich aufstocken könnten) ausgereicht.